

87 Parteien wollen noch auf den Wahlzettel

Boom der Kleinparteien – Krise der Großen

Zuletzt aktualisiert am 08.07.2021 21:34 Uhr



© DBT/Jens Jeske

Die Wahlzettel für 2021 könnten deutlich länger werden als gewohnt. 87 Splitterparteien beantragen derzeit ihre formale Zulassung zur Bundestagswahl 2021. Die ersten Gegner aber sind Fristen und Vorschriften.



Alexander Gerst

Pioneer Editor, Volontär bei ThePioneer

Man schaut in einige frustrierte Gesichter, wenn man diesen Donnerstag und Freitag einen Blick in Raum 3.101 des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses wirft. Denn weit des Reichstagsgebäudes entscheidet dort der Bundeswahlausschuss über die formale Zulassung der Parteien zur Bundestagswahl 2021. Viele Anträge werden abgelehnt, zum Missfallen betroffener Parteivertreter.

Diese dröge anmutende, aber wichtige Aufgabe kommt alle vier Jahre dem Chef des statistischen Bundesamts zu: Er schlüpft vor den Wahlen in die Rolle des Bundeswahlleiters und hat den Vorsitz über den Bundeswahlausschuss, der über die formale Zulassung der Parteien zur Bundestagswahl entscheidet. Dieses Jahr ist es **Dr. Georg Thiel**. Ihm stehen Vertreter der Bundestagsfraktionen und zwei Bundesverwaltungsrichter bei.

Prüfung nur für Kleinparteien

In der Praxis bedeutet seine Aufgabe, darüber zu entscheiden, welche Kleinparteien die Großen im September herausfordern dürfen. Denn: Parteien, die in einem Landesparlament oder im Bundestag seit deren letzter Wahl ununterbrochen mindestens fünf Sitze gehalten haben, müssen vom Bundeswahlausschuss nicht mehr auf ihre Parteieigenschaft geprüft werden. Die Parlamentsplatzhirsche um *CDU, SPD* und Co. stehen also auch ohne diese Prüfung durch Thiel auf dem Wahlzettel.

Von den kleinen Herausforderern gibt es 2021 viele; 87 Parteien bitten um formelle Zulassung zur Wahl. 24 mehr als noch 2017. Alle Anträge zu prüfen dauert zwei Tage, weil über jede Partei einzeln diskutiert und entschieden wird. Manche Anträge sind in knapp zwei Minuten entschieden, einige dauern länger, insbesondere, wenn im Vorfeld Meldefristen versäumt wurden. Sachverhalt darlegen, die pünktliche Zusendung der Rechenschaftsberichte aus den letzten Jahren prüfen, um Ergänzungen anwesender Parteivertreter bitten, Abstimmung per Handzeichen - gestern, an Tag 1, wurde diese Prozedur 43 Mal wiederholt. Davon wurden 21 Anträge abgelehnt.

Bunte Mischung und braune Ideologie

Wie vor jeder Wahl bemühen sich viele Parteien um den Parlamentseinzug, die kaum jemand kennt. Dazu gehört auch die 2012 wieder auferstandene Partei *Graue Panther*, die *Humanwirtschaftspartei*, die von Querdenken-Aktivist **Bodo Schiffmann** gegründete *Wir2020* oder die *V-Partei für Veränderung, Vegetarier und Veganer*, die Partei *LIEBE* und die *JESUSPARTY* - auch wenn nicht immer auf Anhieb klar ist, wofür sie politisch eigentlich stehen. Dem Bundeswahlausschuss steht keine Bewertung der Parteien über ihre Gesinnung zu. Somit müssen sie auch die Partei *Der Dritte Weg* zulassen, da sie alle formalen Anforderungen erfüllt hat. Die rechtsextreme Partei wird vom Verfassungsschutz in Bayern beobachtet und steht für einen „deutschen Nationalismus“.

Das Ergebnis der Prüfung wird von den Parteivertretern in den meisten Fällen teilnahmslos akzeptiert. Ausnahmen bestätigten an diesem Donnerstag die Regel: Ein Vertreter von *GRAL*, der Partei für das Ganzheitliche Recht auf Leben, war sichtbar angefasst von der Ablehnung durch das Gremium und sprach dem Ausschuss die Kompetenz ab, über seine Partei zu urteilen. Und die Anarchistische PogoPartei kündigte lautstark den Widerspruch binnen vier Tagen an und spülten den Frust im Anschluss mit einem Gin Tonic runter. Klamauk einer Partei, die ohnehin dem satirischen Parteienspektrum zugeordnet wird.

Gründe des Trends zu mehr Parteien

Trotz der hohen Ablehnungsquote des Bundeswahlausschusses wird deutlich, dass die Parteienlandschaft bunter geworden ist. Diesen Trend beobachtet die Parteienforscherin **Dorothee de Nève** von der *Justus-Liebig-Universität Gießen* seit Jahren. Den Grund dafür sieht sie bei den Volksparteien, die es nicht mehr schaffen, Pluralismus unter ihrem Parteidach zu vereinen. Aber auch die Kompromissbereitschaft der *Grünen* zu Gunsten von Regierungsbeteiligungen in den Ländern ist mitverantwortlich: „Das führt dazu, dass neue kleine Parteien im Bereich Tierschutz und Umweltschutz entstehen, die in ihrer Ausrichtung radikaler sind.“ Und: Anpacken und verändern ist Zeitgeist. Die Start-Up-Mentalität habe auch die Politik erreicht.

Diese Fragmentierung könne man durchaus positiv deuten, so de Nève, „indem wir wertschätzen, dass es so viele Menschen gibt, die sich wieder für Parteipolitik interessieren.“ Und Mandate seien nicht alles. Auch eine außerparlamentarische Opposition spiele eine wichtige Rolle: „Gerade im Bereich Tierschutz sehen wir, dass die parteipolitische und zivilgesellschaftliche Opposition eine wichtige Rolle spielen, Missstände öffentlich zu machen“, sagt die Politikwissenschaftlerin. Diese Botschaft dürfte auch den nicht zugelassenen Parteien Hoffnung machen.

Mehr zum Thema

☆ Hauptstadt - Das Briefing von Michael Bröcker
Gordon Repinski

Das schwarz-grüne Kabinett

Podcast | 43:54 vom 02.07.2021

ThePioneer
Panel

von Gordon Repinski Adriana Gießler

Das wünschen sich die Pioneers von der Politik

Empfehlen Sie uns weiter

Sie können diesen Beitrag mit einem Klick auf die entsprechende Schaltfläche teilen.

